

### **Rede politischer Aschermittwoch, Fürstenwalde am 09.03.2011**

Der politische Aschermittwoch wird häufig als eine „Hau drauf“ Veranstaltung wahrgenommen. Der politische Gegner wird verbal verprügelt. Es ist schließlich Karneval, alle sind zur Fröhlichkeit gezwungen und am Aschermittwoch müssen all die Dinge gesagt werden, die sonst nicht gesagt werden dürfen. Ein bescheuertes Konzept. Aber das sind heute die Spielregeln. All das will ich auch tun.

Obwohl Aschermittwoch<sup>1</sup> eigentlich etwas anderes ist. Der Aschermittwoch stellt im Christentum der Westkirche den Beginn eines 40-tägigen Fastens dar und soll an die 40 Tage erinnern, die Jesus fastend und betend in der Wüste verbrachte. Politisch übersetzt für DIE LINKE heißt dies heute wohl soviel wie: „Wenn einige nur mal für drei Wochen die Klappe halten, haben wir 0,5 Prozent mehr.“ Und dabei will ich jetzt keine Aussage machen, wer Jesus ist und wer in die Wüste muss zum Fasten. Ich will auch nicht darüber spekulieren ob das ab Aschermittwoch gilt oder bis Aschermittwoch galt aber ich kann mir die Anmerkung nicht verkneifen, dass die Ostkirche keinen Aschermittwoch kennt.

Da nun aber Aschermittwoch ist, gilt ja wohl, dass heute noch gesagt werden darf, was gesagt werden muss. Und dazu bietet es sich an, die frühe Bedeutung des Aschermittwochs zur Grundlage zu nehmen. Die Bezeichnung Aschermittwoch kommt von dem Brauch, im Gottesdienst am Aschermittwoch die Asche vom Verbrennen der Palmzweige des Vorjahres zu segnen und die Gläubigen mit einem Kreuz aus dieser Asche zu bezeichnen. Die Bestreuung mit Asche sei ein Zeichen der Buße. Das Ritual soll den oder die Betreffende zur Umkehr aufrufen.

Parteiversammlungen kommen natürlich niemals in die Nähe von Gottesdiensten und wenn der LINKEN etwas fremd ist, dann ist es die Kennzeichnung von Personen, die das Büßergewand anziehen und zur Umkehr aufgerufen werden müssen. Und weil es innerhalb der LINKEN keine Notwendigkeit zu Buße gibt, keine Notwendigkeit jemanden zur Umkehr aufzurufen, müssen wir –quasi als Lückenbüßer- über andere Reden. Denn die anderen, soviel ist in der Politik immer klar, sind das Böse schlechthin. Reden wir also zunächst über den politischen Gegner. Wir streiten zwar noch darüber wer das ist und ob wir eine

---

<sup>1</sup> alle Aussagen zum Aschermittwoch –mit Ausnahme der politischen Wertungen- sind abgeschrieben bei Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Aschermittwoch>

Unterscheidung zwischen Gegner und Konkurrenten machen, aber im Zweifelsfall sind alle Gegner. Nur niemand in den eigenen Reihen.

Reden wir zum Beispiel über den Plagiator. Dass der Mann wegen seiner Politik hätte viel früher zurücktreten müssen, war uns LINKEN natürlich schon lange klar. Deshalb hat mein Fraktionskollege Jan van Aken auch bereits am 27.01.2011 den Rücktritt gefordert, wegen inhaltlicher Gründe. Doch der Plagiator ließ immer andere zurücktreten, bis es niemanden mehr gab, der für ihn zurücktreten konnte. Es sei denn, er hätte den Ghostwriter oder seinen Doktorvater zurücktreten lassen. Die Kritik am Plagiator hatte im Übrigen schon komische Züge als es noch um die Inhalte ging und nicht um Kopierer aus Bayreuth. Da wurde kritisiert, dass vom Konzept der Staatsbürger in Uniform in Krisenzeiten immer weniger übrig bleibt. Ich fände ein Konzept „Staatsbürger ohne Uniform“ sinnvoller, aber das kommt vielleicht auch daher, dass ich mit Formulierungen wie „Botschafter im Trainingsanzug“ auch nicht viel anfangen konnte.

Doch nun ist der Plagiator tatsächlich zurückgetreten. Allerdings nicht wegen politischer Verfehlungen sondern wegen „schlechten Abschreibens“ oder „besonders guten Abschreibens“ – das ist etwas unklar. Buße hat er nicht getan, als Sünde sieht er seine Verfehlung wohl auch nicht an, mit Umkehr ist nicht zu rechnen. Vermutlich aber mit Rückkehr, als was auch immer und wann auch immer. Aber hier können wir uns auf BILD verlassen, die vergessen nicht und schreiben ihn schon wieder herbei. Doch vor der Rückkehr des Plagiators sind einige Fragen zu klären. Zum Beispiel die, wieviel Kohle der Ghostwriter eigentlich bekommen hat. Nicht das angesichts der Summen dann wieder ein Rücktritt fällig ist. Das geht dann wie bei den Bankenrettungsaktionen. Ruckzuck durch's Parlament und aus dem Bundeshaushalt genommen. Schließlich ging es ja schon immer so, dass die, die alles haben, noch mehr bekommen und die, die nichts haben auch nichts dazu bekommen. Und da der Ghostwriter sicherlich schon bezahlt wurde, möglicherweise auch Schweigegeld erhalten hat, sollten die Summen auf den Tisch. Nur für den Fall, dass es Nachahmer und Nachahmerinnen gibt und sich ein neuer Markt entwickelt. Bevor man da was investiert, will man schließlich wissen, was man dabei verdienen kann. Ich bin bei der Berechnung der Summe auch gern behilflich. Ich kann mit einer Mindest- und einer Höchstsumme nach marktüblichen Kriterien aufwarten und mit einer Summe „Made by the LINKE“. Grundlage für die Berechnung ist der Satz, den die Journalistengewerkschaften als „Gemeinsame Vergütungsregeln für freie Journalisten an Tageszeitungen“ vereinbart haben. Danach schwankt das Honorar zwischen 47 Cent und 1,65 EUR pro Zeile. Nimmt man die öffentlich zugänglichen Seiten der Doktorarbeit des Plagiators und rechnet großzügig, dann hat diese 30 Zeilen pro Seite und nach Presseangaben 475 Seiten. Das macht summa summarum also summa cum laude dann 6697,50 EUR mindestens und 23.512,50 EUR

höchstens. Dies aber nur, weil der Mindestlohn der LINKEN noch nicht durchgesetzt ist. Hätte es den gegeben und angesichts der Tatsache, dass der Ghostwriter 7 Jahre gebraucht hat, abzüglich der freien Wochenenden sowie eines 8-Stunden-Tages ergibt das 1.827 Tage a 80 EUR und somit ein Honorar von 146.160 EUR. Als LINKE fordern wir natürlich eine rote Haltelinie in Form des Mindestlohns und wenn der Plagiator zurückkommen sollte, nehmen wir ihn in die Zange. Sollte er nicht die Summe „Made by the LINKE“ gezahlt haben, muss er nachzahlen. Schließlich fordern wir gute Löhne für gute Arbeit. Aber lassen wir mal das Geld weg und fordern von ihm noch, dass er weitere Unsauberkeiten seiner Biografie vor einer Rückkehr klärt. War der Mann nun Unteroffizier oder Stabsunteroffizier? Für die Frage des Staatsbürgers in Uniform sicherlich nicht ganz unerheblich. Und noch etwas sollte er klarstellen. War er nun „freier Journalist“ bei der Welt oder nur Praktikant. Vielleicht gibt es ja noch mehr Ungenauigkeiten und am Ende kommt heraus, dass er gar kein Adliger ist. „Ich bin nichts, ich kann nichts – gebt mir ein Ministeramt.“ So könnte die bislang kurze Karriere des Plagiators auf den Punkt gebracht werden. Daraus können wir alle aber etwas lernen. Zumindest, die die Kinder haben. Diese schlaun Sätze, die man seinen Kindern gerne mit auf den Weg gibt, wie „studier was ordentliches“, „lern was anständiges“ – alles Unsinn. Hauptsache sie studieren in Bayreuth, dann klappt das schon.

Der Plagiator hat Gesetze gebrochen. Soviel steht fest. Doch damit ist er nicht allein. Die Bundesregierung hat noch mehr solcher Vorbilder vorzuweisen. Während gerade darüber philosophiert und begutachtet wird, welche Partei von welchem Unternehmen welche Spende erhalten hat, geht eines verloren. Nein, ich meine nicht die Forderung der LINKEN dass Spenden von Unternehmen verboten werden sollen, weil schließlich –zumindest theoretisch- die Bürgerinnen und Bürger Politik machen sollen und nicht die Politik von der Wirtschaft gekauft werden soll. Beim Thema Spenden sollten wir noch einmal an den zweiten Gesetzesbrecher erinnern, also den zweiten überführten Gesetzesbrecher. Das ist nämlich der Finanzminister. Prädestiniert für diesen Job ist er, weil er weiß, wie man am Gesetz vorbei Einnahmen erzielen kann. CDU Spendenaffäre ist hier das Stichwort. Wäre es so, dass der Plagiator noch im Amt wäre und würde durch Recherche zu Tage befördert, dass ein weiteres Mitglied der Bundesregierung Gesetze übertreten hat, dann wäre die Bundesregierung eine Bande. Dafür reichen nämlich nach der Rechtsprechung drei Personen aus.

Aber auch ohne diese Recherchearbeit kann getrost konstatiert werden, die Politik der Regierung besteht in konsequentem Gesetzesbruch. Da werden ohne Mitbestimmung des Bundesrates die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert, beim Thema Sicherungsverwahrung die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes ignoriert und bei der Neubestimmung der Hartz IV-Regelsätze wird die Verfassung gleich

von vornherein beiseite gelegt. Wozu Vorgaben des Verfassungsgerichtes, wenn ich doch die Summe der Regelsatzerhöhung schon längst in der Tasche habe.

Bleiben wir noch kurz bei Hartz IV und kommen zur SPD. Also die im Bund. Die SPD auf Landesebene ist natürlich gaaaaaaaanz anders. Die Bundes-SPD bekennt sich nämlich ganz offensiv zum Verfassungsbruch. Doch bevor es dazu kam, haben sie erneut ihre heimliche Stärke ausgespielt. Sie starten als Tiger und landen als Bettvorleger. Nicht nur, aber auch bei Hartz IV. Was macht den Sozialdemokraten auf Bundesebene aus? Lautstark und vehement fordern und reden, beim Handeln aber konsequent in Lethargie verfallen. Besonders gern sind die Bundessozialdemokraten im Sommerloch laut und vehement. Mit seinem ganzen Körpergewicht hat sich im letzten Sommer Siegmund Gabriel, auch als Siggie Pop bekannt, für mehr direkte Demokratie stark gemacht. Im Fernsehen gab es nur noch ein Programm, Siggie Pop 24 Stunden lang. Was hat er nicht getönt, die Sozialdemokraten wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen. Doch kaum war der Sommer vorbei und der Herbst zog ins Land, da waren all die vollmundigen Versprechen dahin. Als der Gesetzentwurf der LINKEN zur Abstimmung kam, hatten die Bundessozialdemokraten weder eine eigene Initiative noch einen Änderungsantrag. Sie gerieten sich einfach als „Njet-Maschine“. Der wortstarke Siggie schien 40 Tage Fasten hinter sich zu haben und ward im Plenum nicht zu sehen, seine Stimme schien er auch verloren zu haben. Es reichte nicht einmal für ein „Piep“. Vom großen Gewese im Sommer blieb im Herbst nur ein „Nein“ zu mehr direkter Demokratie übrig. Und ein Bahnhof irgendwo in Stuttgart.

Die Bundessozialdemokratie scheint diesen Politikstil gepachtet zu haben und ist darin wirklich meisterlich. Bei den Regelsätzen zu Hartz IV machten sie es einmal andersherum. Zunächst wurden dicke Backen gemacht und rumgepoltert. Nachdem es zu keinem Ergebnis kam, wurden die Pferde gewechselt. Getreu dem in der Sozialdemokratie und vielen Gewerkschaften vertretenen Menschenbild wurden die alten, erfahrenen und weisen Männer hervorgeholt, die unter Kumpels mal ein paar Sachen klären. Diese wiederum hatten nicht mal mehr Luft für dicke Backen und einigten sich auf 5 EUR mehr zunächst und dann noch mal 3 EUR ab 2012 beim Regelsatz. Tolle Leistung! Also jetzt nicht das Geld. Sondern, dass die sich das trauen! Voller Überzeugung stimmten die Bundessozialdemokraten im Bundestag für den sogenannten Kompromiss. Selbstverständlich allein dem Gewissen verpflichtet und nicht aus anderen Gründen. Die volle Überzeugung hielt genau 24 Stunden. Danach begann die Bundessozialdemokratie darüber nachzudenken. Also natürlich nicht etwa darüber, ob 8 Euro zum Leben reichen. Nein, nein, sie haben darüber nachgedacht, ob sie vielleicht etwas Verfassungswidriges getan haben. Vom ehrbaren Grundsatz, erst denken dann handeln, scheint die Bundessozialdemokratie nicht wirklich etwas zu halten. Auch die

von ihr gern in anderen Zusammenhängen hoch gehängte Vorbildwirkung scheint ihr bei ihr selbst egal zu sein. Denn es ist wenig vorbildlich, erst dafür zu sorgen, dass ein verfassungswidriges Gesetz in Kraft tritt um dann zu sagen, dass man es für bedenklich hält und nachdem das der Welt kundgetan wurde in Frühlingschlaf zu verfallen und sich allen Anstrengungen eine juristische Prüfung zu erzwingen, zu verweigern. Das ist so, als würde ich Thomas Nord fürs Schwarzfahren ohne Gerichtsverhandlung für 15 Jahre ins Gefängnis schicken um danach zu sagen, dass sei aber nicht in Ordnung, dass der Thomi keinen Verteidiger hatte.

Doch statt Protest und Widerstand gibt es Belohnung für die SPD. Der Architekt der Agenda 2010 gewinnt in Hamburg die absolute Mehrheit und das obwohl doch DIE LINKE genau auf diesen Fakt hingewiesen hat. Gut, die Leute haben vermutlich alle ihren Tucholsky gelesen: "Wahrscheinlich werd ick diese Partei wähln, denn dit is so ein beruhijendet Jefühl: Man tut wat for de Revolution und weeß janz genau, mit diese Partei kommt se janz bestimmt nich."<sup>2</sup> Damit die Sozialdemokratie aber nicht ungeschoren davon kommt, schlage ich vor, deutlicher als bisher zu sagen, dass Hartz IV nicht nur Armut per Gesetz ist, sondern auch ein Demokratiebeteiligungsausschlussgesetz. Denn Hartz IV schließt im Regelfall Menschen systematisch von der Teilhabe an Demokratie aus. Vom Regelsatz ist es nämlich kaum möglich regelmäßig zu politischen Ereignissen zu fahren und sich an Entscheidungsfindungen, Demonstrationen oder Abstimmungen zu beteiligen. Wenn für Veranstaltungen gar noch Teilnahmegebühr zu zahlen ist, bleiben die Betroffenen auch von politischer Bildung ausgeschlossen. Wenn dann noch die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten bei kommunalen Mandaten wenigstens zum Teil angerechnet werden, dann sollten die Verantwortlichen dafür einfach deutlich sagen: Wir wollen nicht, dass ihr Euch an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt.

Die Grünen wiederum sind blass oder sollte ich sagen: "Grün vor Neid aufgrund Bedeutungslosigkeit"<sup>3</sup>? Zumindest in Berlin wird das auch so bleiben. Denn die Grünen haben sich eine Spitzenkandidatin gewählt und schon geht alles von allein den Bach herunter und das mit mehr als Tempo 30. Da wollten die Bundesgrünen nun die Fraktionsvorsitzende Künast loswerden und die tut nichts anderes als sich –mindestens nach den Umfragen- selbst in die Wüste zu schicken. Was Wunder, hat doch Frau Künast vergessen, dass sie in Berlin regierende Bürgermeisterin werden will und nicht Bundeskanzlerin. Der Berliner und die Berlinerin hat jedoch genug von allgemeinem Geschwafel und will konkrete Antworten auf konkrete Fragen. Berliner Fragen und nicht

---

<sup>2</sup> Tucholsky, Ein älterer, leicht besoffener Herr

<sup>3</sup> Reinald Grebe, Thüringen

bundespolitische Fragen. Aber vielleicht dachte sich Frau Künast auch nur, ein wenig Gekeife wie im Bundestag reicht auch für die Berliner/innen. Oder sie hat einfach Bundestag und Abgeordnetenhaus verwechselt, liegt ja schließlich so nah beieinander. Und schließlich hat Frau Künast ja auch nichts mit der Finanzsituation in Berlin zu tun - außer der Tatsache, dass sie als Mitglied des rosa-grünen Bundeskabinetts die Bitte Berlins um Bundesergänzungszuweisungen abgelehnt hat und Berlin klagen musste. Aber damals wusste sie ja auch noch nicht, dass sie hier mal regierende Bürgermeisterin werden will. Frau Künast jedenfalls hat eine klare Vision: Eine für Alle. Wow. Königin Renate. Und sie will auch noch alle Umarmen, sagt die Presse. Davor hab ich ein bisschen Angst ...

DIE LINKE wiederum hält sich an das Eingangsstatement und versucht die Klappe zu halten. Also natürlich nur parteiintern. Jedenfalls manchmal. Nur ab und zu wird versucht zu provozieren und damit Wind in die Segel zu bringen. Und wenn einer 5 Minuten Zeit hat, dann sucht er nach Wegen zum Sozialismus. Das nennt sich dann Programmdebatte. Das wird ein Spaß! Die meisten von euch werden das ja schon mal mitgemacht haben, den anderen muss ich schnell erklären, wie es geht. Das kann ich natürlich nur am Aschermittwoch machen. Man muss sich das so vorstellen, dass zunächst 4 blaue und 4 gelbe Figuren zuhause sitzen und sich sehr schlaue Gedanken machen. In unserer Partei heißt einer von denen immer Brie. Welcher ist egal. Aber ein Brie muss sein, sonst kann es kein anspruchsvolles Programm werden. Die gelben Figuren treffen sich dann, legen ihre Texte nebeneinander und diskutieren. Am Ende nehmen sie den Text von Brie. Die blauen Figuren treffen sich auch. Am Ende nehmen sie den Text von irgendjemandem, der am wenigsten so denkt, wie Brie. Dann kommen die blauen und gelben Figuren in das Karl-Liebknecht-Haus und erklären zwei sehr wichtigen Männern, was sie so denken. Die beiden Männer dürfen nicht verraten, welchen Text sie besser finden, weil dann die Figuren, die verloren haben, traurig wären. Also sagen die Männer, dass sie beide Texte gut finden und beauftragen die Blauen und die Gelben einen gemeinsamen Text zu schreiben. Am Ende ist der Text dann grün und keinem gefällt er mehr so richtig. Deswegen dürfen jetzt die Freunde von den Blauen und den Gelben mitspielen und sagen, was ihnen gefällt. Die Freunde von den Gelben finden natürlich den gelben Text gut. Den hat ja Brie geschrieben. Und die Freunde von den Blauen finden den blauen Text gut. Weil den ja nicht Brie geschrieben hat. Und die zwei Männer sagen immer: grün ist doch auch schön. So geht das etwa 2 Jahre lang. Dann fahren alle nach Erfurt. Zwei Tage lang wird gestritten, was das Zeug hält. Und am Ende ist der Text grün. Oder blau. Oder gelb. Aber auf gar keinen Fall bunt.

Aber in Erfurt wird sicherlich auch um andere Sachen gestritten. Dann gibt es wohl die Wiederauferstehung eines schon gescheiterten Versuches andere zum Klappe halten zu bringen. Zumindest die Ankündigung ist schon da. Auf dem nächsten Bundesparteitag will die Saarland-LINKE nämlich den von der Schiedskommission gestoppten Versuch einer Satzungsänderung, die zu mehr Einheit und Geschlossenheit der Partei führt, wieder einbringen. Für Betroffene hilft dann wohl nur „Klappe halten“ um der Gefahr zu entgehen durch Landesvorstände die Mitgliedschaftsrechte entzogen zu bekommen. Oder eben nicht Klappe halten - der Weg, den ich gehen werde. Aber nicht nur das, die Saarland-Satzung hilft auch gegen die neue „Plage“ der Nutzung sog. neuer Medien. Wer nämlich über Medien und Internet die Partei diffamiert, verstößt ebenso gegen die Ordnung der Partei wie jemand, der parteiinterne Vorgänge dem politischen Gegner zugänglich macht. Was eine Diffamierung ist und wer der politische Gegner, wird nach politischer Opportunität und Mehrheitsverhältnissen definiert. Aber natürlich will die Saarland-Partei das nicht gegen interne Kritiker/innen angewandt wissen. Selbstverständlich geht es nur um schwierige Situationen in einigen Landesverbänden. Na logo. Deswegen ist es auch völlig legitim, dass der stellvertretende Parteivorsitzende Bierbaum einen Tag vor der Hamburg-Wahl im Tagesspiegel<sup>4</sup> von einem „eher schlechten Beispiel für die Diskussionskultur“ spricht. Damit meint er die Vorlage eines alternativen Programmentwurfes innerhalb der Programmdebatte der LINKEN. Debatte zum Programm ja, aber bitte nicht mit einer Alternative, auch wenn sie vorher geradezu herausgefordert wurde. Debatte ja, aber nur wenn man entweder gelb oder blau spielt.

Klappe halten wird aber auch erschwert durch eine neue Erfindung des Kapitalismus, die für unkontrollierbare Transparenz und Offenheit von Entscheidungsprozessen steht. Nun gibt es aber das Internet und die sozialen Netzwerke, die wohl „schlimmste Erfindung des Kapitalismus der Neuzeit“. Die gilt es zu bekämpfen, denn sie gefährdet die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Kein zentral eingesetzter Mitarbeiter kann mehr kontrollieren, was wem wann und wie mitgeteilt wird. Ein Monopol bricht zusammen und die Beteiligten sind nicht mehr länger „Randfigur in einem schlechten Spiel“<sup>5</sup>. Eine Vielfalt an Informationen, subjektiv eingefärbt, schwappen durch das Land. Das führt zu Aufregung, denn schließlich kann es nicht angehen, dass jede und jeder selbst entscheidet wie er informiert. Und das noch nicht mal anonym, sondern mit Name und Adresse, neudeutsch Account. Und wer das Medium beherrscht, ist auch noch klar im Vorteil. So manches Ränkespiel wird damit unterbunden. Wo ist jetzt der Spaß, anonym per SMS oder Anruf Journalisten/innen Dinge zu erzählen und nachher anderen vorzuwerfen, dass sie die Informanten oder –sehr beliebt-

---

<sup>4</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/linker-warnt-linke-vor-beliebigkeit/3862648.html>

<sup>5</sup> Klaus Lage, Monopoli

Spiegel IM sind? Das geht natürlich alles so nicht und deshalb muss dringend eine Regelung her. Ab in die Wüste wäre zum Beispiel eine, für all jene, die das „Teufelszeug“ benutzen.

Ehrlich gesagt, ich mag ja keine Ost-West-Konflikte. Ich glaube nämlich, dass es diese so gar nicht gibt. Aber wenn ich mich schon entscheiden muss, dann wäre ich diesmal jedenfalls eher bei der östlichen Kirche statt bei der westlichen Kirche. Aber nicht, weil die eine Ost und die andere West ist, sondern weil es um antiautoritär und autoritär geht und mit autoritär hatte ich schon immer meine Probleme. Weswegen das bei mir mit dem Klappe halte nicht funktioniert und Fasten macht bei mir auch keinen Sinn, ich komme nicht mal 40 Tage weit. Von daher ist jetzt Schluss mit Aschermittwoch und mit Klappe halten. Jedenfalls für mich. Und gemeinsam handeln wir jetzt für ein gutes Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und später Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Damit diejenigen die es wirklich verdient haben, ausgewählt werden. Also Union, FDP, SPD und Grüne.